

Seniorenbeirat Oldenburg i. H. zeigt in der Pandemie: Seniorenbeiratsarbeit ist politische Arbeit!



(v.l.): Reiner Horstmann, Gudrun Dose, Harry Römer, Ralf Richter, Uwe Koch, Volker Spielmann

(agr) Im Dezember 2019 konstituierte sich der aktuelle Seniorenbeirat. Alle waren Neulinge, keiner einer Partei oder Interessengruppe verpflichtet. Was tun? Wo liegen die Probleme? Wer sind die Senioren? Wie leben sie? Wo ist Aufmerksamkeit und politische Hilfe von Nöten? Knapp 3.000 (28 %) von rund 10.000 Einwohnern sind über 60 Jahre alt und befinden sich im Verantwortungsbereich.

Mit viel Akribie, Beratung und städtischer Hilfestellung wurde eine breite Sozialumfrage durchgeführt. Da individuelle Senioren-Adressen von der Stadt aus „datenschutzrechtlichen Gründen“ nicht zur Verfügung gestellt wurden, galt es, die wichtigsten Straßenzüge und Siedlungsgebiete flächendeckend mit Fragebögen zu versehen.

Nach dem Zufallsprinzip wurden so 915 Rentnerhaushalte erreicht. Da viele keinen Fragebogen per Post oder Mail zurücksenden würden, bastelte der Seniorenbeirat 20 blaue Seniorenkästen und stellte diese stadtweit an Kommunikationspunkten auf.

Die Senioren sollten die ausgefüllten Fragebogen in diese Kästen stecken. Das Konzept ging auf. 28 % verwertbare Fragebögen wurden abgeliefert, eine Rücklaufquote, die jedem Statistiker das Herz höherschlagen lässt. Das war unsere Arbeit während der ersten Pandemiewelle und dem darauffolgenden Sommer.

Uwe Koch,
Seniorenbeirat Oldenburg in Holstein

Krisen-Management, können das unsere Politiker?

(rbu) Die Corona-Pandemie hat uns erhebliche Entwicklungsrückstände - nicht nur beim Stand der Digitalisierung - aufgezeigt. Nein, auch die mangelnde Fähigkeit der politischen Entscheider, mit Kompetenz und Führungsqualität eine Krise auf Landes-, Bundes- und Europaebene zu organisieren, wurde uns demonstriert.

Erste Anzeichen dieser Schwäche waren schon 2015 während der Flüchtlingskrise erkennbar. Mit Beginn der Coronakrise im Frühjahr 2020 hat man die schnelle Ausbreitung des Coronavirus unterschätzt, obwohl eindeutige Warnungen von Virologen und Fachexperten vorlagen. In der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie gab es zu wenig Masken, falsche Masken, Geschäftemacherei bei der Lieferung und dem Verkauf von Masken. Selbst Politiker haben sich an diesen Machenschaften beteiligt.

Dann folgte das Chaos bei der Vergabe von Impfterminen. Das setzte sich fort in der Ankündigung und Durchführung bei den Schnell- und Selbsttests. Eine Steigerung der chaotischen Verhältnisse, so sollte man meinen, ist fast schon nicht mehr möglich. Doch, man konnte sich steigern, etwa bei der Entwicklung und Fortschreibung der Lockdown-Anwendung und deren Lockerung.

Es wurde immer klarer, dass unsere Politiker keine Krisenmanager sind. Deutlich bekam der Bürger vorgeführt, dass viele Politiker in Wahrheit nicht wissen, wie es im wirklichen Leben zugeht! Sie haben keine Erfahrung sammeln können, wie das Leben der Bevölkerung sich in der Realität vollzieht. Sie sind ohne diese wichtige Lebenserfahrung in die Politik gegangen.

Jens Spahn (40, CDU), als Gesundheitsminister einer der Hauptverantwortlichen für die Organisation der Corona-Pandemie. Mit 22 Jahren war er in den Bundestag gewählt worden. Vorher machte er eine Banklehre, dann ein Fernstudium der Politikwissenschaften. Hartes Krisenmanagement hat er nicht gelernt.

Wir „Älteren“ haben echte Krisenmanager noch erlebt, z. B. Helmut Schmidt (+2015). Schmidt war Diplomvolkswirt und 43 Jahre alt, als er bei der Sturmflut 1962 (315 Tote in Hamburg) als Polizeisenator den Einsatz von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und THW koordinierte. Durch seine guten Beziehungen hat er Unterstützung durch die Bundeswehr und NATO Streitkräfte erhalten (Einsatz von Hubschraubern, Pionierkräfte und Versorgungsgüter). Die Aussage, des späteren Kanzlers, zu seinem Verhalten war pragmatisch „er habe seiner Heimatstadt helfen und sie schützen wollen, ohne vorher im Grundgesetz nachschauen zu müssen.“

Bei der Schneekatastrophe 1978/79 war es ähnlich. Verantwortliche Politiker und Verwaltungsbeamte waren überfordert. Sie wurden in der Krise durch

weltkriegserfahrene Offiziere der Bundeswehr mit Führungsqualitäten unterstützt oder ersetzt.

Wie gestaltet sich die Zukunft des Krisenmanagements?

Jetzt bringt sich die heutige Generation der gelernten Berufspolitiker ein. Ein Hoffnungsträger der SPD, Kevin Kühnert (31), Juso mit 16, Juso-Chef mit 20, nun Parteivize und Bundestagskandidat, Studium Publizistik und Kommunikation abgebrochen, ein zweites Studium ruht, Jobs im Callcenter und Büros von Abgeordneten.

Hoffnungsträger der CDU, Philipp Amthor (28), mit 16 in die Junge Union, Jurastudium mit dem Abschluss 2017, dann wurde er direkt in den Bundestag gewählt.

Schaut man sich die Lebensläufe unserer Politiker auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene an, dann stellen wir fest, sie zeigen ähnliche Verläufe auf. Zurzeit sind im Bundestag zwei Handwerker vertreten, eine Frau und ein Mann. Hier stellt sich die Frage, ob die Bürger noch repräsentativ vertreten sind. Natürlich haben wir sehr viele gute, ja herausragende Politiker, die sinnvolle Gesetze beschließen, die unsere Gesellschaft und den Bürgern Bandbreiten, Grenzen und Hilfen aufzeigen. Wir haben aber auch Politiker, die erkennbar nicht „zum Wohle des Volkes“ handeln, sondern ihre Position als Politiker nutzen, um ihr persönliches Wohlergehen zu steigern. Ich wähle Politiker um gute politische Entscheidungen für Volks und Gesellschaft zu erhalten. Ich wähle Politiker nicht, um ihr persönliches Wohlergehen zu fördern. Stellt sich mir die Frage: „Warum kann nicht ein Spitzenexperte, auch mal ohne Parteibuch, ein Ministerium leiten“?

Während einer Diskussion mit einem Repräsentanten unseres Landes habe ich die Unzulänglichkeiten im Impfmanagement zum Ausdruck gebracht und verglichen mit der Zeit unmittelbar nach dem Kriegsende, wo die damaligen Akteure das Chaos hervorragend geregelt bekamen. Die Antwort meines Diskussionspartners war: „Ja, da hatten wir andere Gesetze, das ist nicht vergleichbar!“

Heute leben wir im Wohlstand und sind in der Geburtsstunde der verschlafenen Digitalisierung und bekommen die Krise nur schwer in den Griff. Was will ich damit zum Ausdruck bringen. Hätten die verantwortlichen Akteure der Corona-Pandemie die „Alten“ mal gefragt oder in die Entscheidungsfindung eingebunden, dann wäre mit Sicherheit das Management für die Corona-Pandemie anders, überschaubarer, positiver für die Bevölkerung verlaufen. Für mich steht fest: Nach dem Managementversagen bei der Corona-Bekämpfung darf es nicht einfach so weitergehen, sondern die „Erfahrenen Alten“, getreu dem Motto „Zukunft gestalten mit Senioren“ hat Zukunft. Keine Zukunft hat „Weiter so“.

Peter Schildwächter

Was wurde aus unser Streitkultur?

(rbu) Ohne Streit ist Demokratie nicht überlebensfähig.



Wir benötigen die Auseinandersetzung, um die öffentliche Meinungsbildung zu ermöglichen und konstruktive Lösungsvorschläge entwickeln zu können. Aber wir erleben heute, dass die inhaltliche Auseinandersetzung immer seltener wird und sich die Debatte zunehmend auf die sozialen Medien und das Internet verlagert haben. Dort gehen die Akteure mit wagen Unterstellungen und ungeprüften Behauptungen auf einander los. Es bleiben Meinungen unversöhnlich im Raum stehen. Kompromisse werden nicht mehr geschlossen. Es dominiert ein Kampf um Aufmerksamkeit, Selbstbestätigung und eine Skandalisierung des Gegners wird billigend in Kauf genommen oder ist sogar erwünscht.

Möglicherweise ist diese Entwicklung eine Folge der Corona-Pandemie. Wir können einander nicht mehr in die Augen sehen. Im Netz ist es viel einfacher, seinen Unmut und Frust dem vermeintlichen Gegner an den Kopf werfen zu können, als sich sachlich miteinander austauschen zu müssen. Diese Entwicklung ist in letzter Zeit nicht nur in den kommunalen Ausschüssen, sondern ebenfalls in Vereinen, Parteien und Beiräten zu beobachten. Sie wirkt nicht zielführend und verhindert die Erzielung positiver Beschlüsse.

Menschen, die sich ehrenamtlich für kommunalpolitische Belange in ihren Städten und Gemeinden einbringen, werden öffentlich diskreditiert, persönlich bedroht oder verbal angegriffen. Diese, meines Erachtens asoziale Entwicklung sollte keinesfalls von uns Bürgern hingenommen werden. Es ist inzwischen ausgesprochen schwierig geworden, ausreichend Menschen für eine ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen. Immer öfter hören wir aus unserem Umfeld: "Warum tut ihr euch das eigentlich an?"

Bitte vergessen Sie nicht: „Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundstein unserer Demokratie. Wir dürfen nicht schweigend zusehen, wie sie von einer Minderheit in Misskredit gebracht wird. Kommunalpolitik ist Ehrenamt, ein gutes Stück Gesellschaftspolitik und Hobby. Das Hobby muss Spaß machen und dient dazu, neue Freunde zu finden und seinen Horizont zu erweitern. Gemeinsam erreichte Projekte stärken das „WIR-Gefühl“ und das sollte uns in diesen Zeiten ein wichtiges Ziel sein.

Bitte vergessen Sie nicht: „Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundstein unserer Demokratie. Wir dürfen nicht schweigend zusehen, wie sie von einer Minderheit in Misskredit gebracht wird. Kommunalpolitik ist Ehrenamt, ein gutes Stück Gesellschaftspolitik und Hobby. Das Hobby muss Spaß machen und dient dazu, neue Freunde zu finden und seinen Horizont zu erweitern. Gemeinsam erreichte Projekte stärken das „WIR-Gefühl“ und das sollte uns in diesen Zeiten ein wichtiges Ziel sein.

Bitte vergessen Sie nicht: „Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundstein unserer Demokratie. Wir dürfen nicht schweigend zusehen, wie sie von einer Minderheit in Misskredit gebracht wird. Kommunalpolitik ist Ehrenamt, ein gutes Stück Gesellschaftspolitik und Hobby. Das Hobby muss Spaß machen und dient dazu, neue Freunde zu finden und seinen Horizont zu erweitern. Gemeinsam erreichte Projekte stärken das „WIR-Gefühl“ und das sollte uns in diesen Zeiten ein wichtiges Ziel sein.

Mit herzlichen Grüßen Gerd Finke
Seniorenbeirat Gettorf

Fotowettbewerb „Senioren in der Corona Pandemie“

Der Landesseniorenrat S-H e.V. möchte nachhaltig das Thema in die Öffentlichkeit bringen.

Die besten Fotos, ausgewählt von einer unabhängigen Jury, werden vom 10. bis 31.08.2021 bei der Förde Sparkasse im Kieler Sophienhof ausgestellt. Danach werden die Fotos in den Landkreisen und kreisfreien Städten der Öffentlichkeit präsentiert.

Noch ein paar Hinweise, die uns am Herzen liegen: Wir benötigen ausschließlich unbearbeitete Digitalbilder, die nicht größer als 3 MB sind, keine Montagen. Die Fotos sollten aber auch nicht kleiner als 1 MB sein. Aus technischen und darstellerischen Gründen müssen wir Sie bitten, ihre Bilder ausschließlich im „Querformat“ zur Verfügung zu stellen. Für die ersten drei Sieger haben wir je ein entspanntes Wochenende vorgesehen.

Die Fotos müssen, für die Jury erkennbar, themenbezogen sein. Pro Einsender dürfen maximal drei Dateien im PNG- oder JPG-Format hochgeladen werden. Bitte senden Sie das Mail mit Ihrem Foto an landesseniorenrat-s-h@t-online.de Mit der Einsendung Ihrer Bilder genehmigen Sie das mögliche Abdrucken ihrer Fotos in Seniorenbrochüren, incl. der Veröffentlichung Ihres Namens.

Einsende – bzw. Einstellschluss ist der **07.07.2021**
Viel Spaß beim Fotografieren

Landesseniorenrat SH

Machen Sie mit! – Landesseniorenrat sucht ehrenamtliche Mitstreiter für den Vorstand

Im 3. Quartal 2021 sollen der Stellvertretende Vorsitzende und der Schriftführer neu gewählt werden. Möchten Sie im nachberuflichen Lebensabschnitt mit einem Ehrenamt dazu beitragen, diese Lebensphase sinnstiftend zu gestalten, gesammelte Erfahrungen einbringen und weitere Kontakte knüpfen? Steuern Sie Ihr Know-how bei und helfen sie mit, die Gestaltungsmöglichkeiten von Senioren in Schleswig-Holstein gezielt wahrzunehmen und auszubauen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Wir möchten besonders Frauen ermuntern, die Arbeit des Landesseniorenrates zu bereichern und den Vorstand zu ergänzen. Bei Fragen zu Aufgaben und möglichen Perspektiven wenden Sie sich gerne an das Büro des Landesseniorenrates in Neumünster unter 04321-6 95 78 90 oder per Mail an landesseniorenrat-s-h@t-online.de

Pflegereform - oder doch nur heiße Luft?

(agr) In seinem ersten Gesetzentwurf zur Pflegereform 2021 verabschiedet sich das Bundesgesundheitsministerium nicht nur inhaltlich vom GroKo-Versprechen „Entlastungsbudget“. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat seinen Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeversicherung überarbeiten lassen.

Politiker der Regierungskoalition von Union und SPD rechnen nicht mehr mit einer großen Pflegereform vor der Bundestagswahl. Sie glaube nicht, dass aus dem Arbeitsentwurf in dieser Legislaturperiode noch ein Gesetz werde, sagte die CDU-Abgeordnete Jana Schimke dem Spiegel. „Der Gegenwind aus den eigenen Reihen ist zu groß.“

Die angekündigte Pflegereform verspricht keine spürbaren finanziellen Entlastungen für Pflegeheimbewohner. Der neue Vorschlag zur Reduzierung der Eigenanteile in der vollstationären Pflege ist inkonsequent und völlig unzureichend.

Vorgesehen war, dass der Anteil für Pflegebedürftige an den Pflegekosten im Heim für die ersten drei Jahre auf 700 € monatlich begrenzt wird und im Anschluss ganz entfallen sollte. Spahn plant nun, die hohen Eigenanteile im Pflegeheim wie folgt zu begrenzen: Sie betragen derzeit im Bundesschnitt 2.068 € im Monat. Davon entfallen 831 € auf die reinen Pflegekosten. Diesen Anteil will er im zweiten Jahr im Heim um 25 % reduzieren, im dritten Jahr um 50 % und ab dem vierten Jahr dauerhaft um 75 % auf 207 €.

Die durchschnittliche Verweildauer in deutschen Pflegeheimen beträgt lediglich 18 Monate, was bedeutet, dass die Bewohner somit im ersten Jahr keine finanzielle Entlastung erfahren. Sie müssten den pflegebedingten Eigenanteil in dieser Zeit aus eigener Tasche zahlen. In Schleswig-Holstein liegt der zu zahlende Eigenteil momentan zwischen 875 € und 2.380 € monatlich.

Zusätzlich haben auch die Bewohner die Investitionskosten zu zahlen. Diese liegen in Schleswig-Holstein bei ca. 450 € monatlich, der aber um 100 € abgesenkt würde. Jedes Bundesland regelt das Verfahren der Zuschussgewährung an Investitionen für die stationären Einrichtungen in eigener Regie. In Schleswig-Holstein regelt die Berechnung das Landespflegegesetz und die Landespflegegesetzverordnung.

Künftig soll es bundeseinheitlich einen Zuschuss von 100 € pro Heimbewohner geben; dies ist keine spürbare Entlastung für den Pflegebedürftigen. Ein pauschaler Zuschuss unabhängig von den regionalen Gegebenheiten und ohne entsprechende Dynamisierung deckt keinesfalls die Pflegekosten.

Die Tages- und Verhinderungspflege im Würgegriff

In dem Arbeitspapier des Bundesgesundheitsministeriums ist eine Absenkung der Refinanzierung von

Tagespflege auf 50 % vorgesehen, wenn ambulante Pflegeleistungen oder Kombileistungen in Anspruch genommen werden. Dies könnte ein Aus für viele Tagespflegen bedeuten, aber gerade dieser Teil der Versorgung ist ein wichtiges Element zur Entlastung der pflegenden Angehörigen.

Der Schritt wurde bereits im November 2020 vom Bundesministerium angekündigt und damit begründet, dass „Fehlanreize im Bereich der Tagespflege beseitigt werden sollten.“

Aber gerade in der häuslichen Pflege kommt es zu erheblichen Belastungen der Betroffenen. Zu den bereits heute zeitlichen und emotionalen Belastungen der pflegenden Angehörigen kommt dann noch der finanzielle Mehraufwand hinzu.

Rund 75 % der Pflegebedürftigen werden heute in der eigenen Wohnung gepflegt; der größte Teil davon durch pflegende Angehörige. Hier wären mehr Unterstützungsangebote nötig, doch genau das scheint der vorliegende Entwurf zu verhindern. Die Kosten der Tagespflege sollen für den Gast um 50 % steigen. Nur wenige sind in der Lage dies selbst zu stemmen.

Auch in der Verhinderungspflege sind Veränderungen vorgesehen. Eine Verhinderungspflege kann in Anspruch genommen werden, wenn pflegende Angehörige krank werden oder sich einmal von den Strapazen erholen möchten. Statt den bislang getrennten Budgets für die Kurzzeit- und Verhinderungspflege soll die Pflegereform 2021 einen gebündelten Zuschuss einführen, und zwar das neue Entlastungsbudget. Hierfür stehen jährlich 3.300 € zur Verfügung. Das soll eine bessere Kombination der beiden Ersatzpflegeformen ermöglichen. Auch die Voraussetzung, dass für die Inanspruchnahme einer Verhinderung eine Pflegezeit von mindestens sechs Monaten vorliegen muss, wird damit aufgehoben.

Nach der Gesetzesvorlage sind nur noch 40 % des Entlastungsbudgets für eine stundenweise Verhinderungspflege verwendbar, wenn der pflegende Angehörige unter 8 Stunden pro Tag als Pflegeperson abwesend ist. Für viele Pflegebedürftige und pflegende Angehörige kann das bedeuten, dass sie sich eine häusliche Pflege nicht mehr leisten können und einen Umzug ins Pflegeheim erwägen müssen. Oft sind pflegende Angehörige gleichzeitig berufstätig und auf eine Tagespflegeeinrichtung und stundenweise Inanspruchnahme der Verhinderungspflege angewiesen. Das ist der einzige Weg für sie, die häusliche Versorgung sicherzustellen und gleichzeitig berufstätig zu bleiben.

Der Landesseniorenrat wird die weiteren Gesetzesberatungen aufmerksam verfolgen und sich dafür einsetzen, dass endlich substanzielle finanzielle Entlastungen der Pflegeheimbewohner ins Gesetzgebungsverfahren einfließen.

Reinhard Vossgrau,
Beisitzer im Landesseniorenrat S.-H. e.V.

HERZOGTUM LAUENBURG

Kreissenorenbeirat Lauenburg

(rbu) Seit Monaten dürsten die Seniorenbeiräte des Kreises Herzogtum Lauenburg nach Betätigung. Seit Monaten hatten sie in Lauenburg, der südlichsten Stadt des Landes, ein Treffen vereinbart, doch Corona stand diesem im Wege. Jetzt die ersten Erleichterungen im Lande und die Einladung des Lauenburger



Zur Sitzung hatten die *stv. Kreisbeiratsvorsitzenden Reinhard Vossgrau (links) und Sibylle Kircher (Geesthacht) eingeladen. Lauenburgs Bürgermeister Andreas Thiede (ganz rechts)*

Bürgermeisters Andreas Thiede traf die reдеbedürftigen Kreissenorenbeiräte zum richtigen Zeitpunkt. Die Co-Vorsitzenden Sibylle Kircher aus Geesthacht und Reinhard Vossgrau aus Klempau hatten eine umfangreiche Tagesordnung zur Diskussion gestellt, die die Besucher am Ende auch 190 Minuten beschäftigte. Punkte wie gemeindenahe Versorgung, Bürgerbusse und öffentlicher Nahverkehr, Pflegevorsorge, Einsamkeit im Alter, bezahlbarer Wohnraum oder Breiten-

sport im Alter sind Themen, die auf Landesebene bereits länger erörtert werden, auf unteren Ebenen aber gerade jetzt erst ihre Interessenten finden. Der Kreisbeirat nominierte nun Mitglieder, die sich dieser Probleme annehmen, Materialien sammeln und ihre Erkenntnisse bei den nächsten Sitzungen den übrigen Teilnehmern unterbreiten werden.

Nun sind auch im südlichen Landesteil die Räte sehr diskussionsfreudig und immer bereit, ihre in langen Jahren erworbene Expertise auch jederzeit bei allen Themen zur Verfügung zu stellen. Das ist einerseits stets interessant, hemmt auf der anderen Seite aber auch eine schnellere Erledigung der Tagesordnung. Besucher hatten eine bessere Unterrichtung in der Bedienung der sozialen Medien und des Internets angemahnt. Die grundsätzliche Bedeutung dieser Mediums und die notwendige Kenntnis ihrer Grundzüge wurde von der Versammlung auch bejaht. Ein Angebot der Volkshochschule Geesthacht wurde gern zur Kenntnis genommen, aber wegen Fragen über mögliche Interessenten und der Finanzierung einer solchen Maßnahme zunächst verschoben und wahrscheinlich bald dem Vergessen anheim fallen.

Allerdings anonym soll die Arbeit der Kreissenorenbeiräte nicht bleiben, auf eine verstärkte Pressearbeit wird besonderen Wert gelegt werden. Neben den bekannten Publikationen wie Lübecker Nachrichten oder der Lauenburger Landeszeitung sollen künftig Online-Zeitungen und Anzeigenblätter in eine Berichterstattung verstärkt einbezogen werden. Denn Klappern gehört auch zum Handwerk der Kreissenoren im Herzogtum Lauenburg. Doch auch dazu gehört Geld und der Rat hofft, dass Forderungen ähnlicher Art in der fernen Kreisstadt Ratzeburg nicht ungehört verhallen.

Claus Beissner

express - forum

Ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Publikation. Sie vertritt als Organ der Meinungsbildung und des Erfahrungsaustausches die Interessen der älteren Mitbürger im Lande Schleswig-Holstein.

Dort, wo im Text die männliche Form gebraucht wird, sind selbstverständlich alle Geschlechter mit eingeschlossen. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel zu bearbeiten.

Aus redaktionellen Gründen können nicht alle eingesandten Artikel oder Bilder veröffentlicht werden. Artikel können alternativ auch auf unserer Internetseite veröffentlicht werden. Einsender werden hierüber nicht gesondert benachrichtigt.

Herausgeber:

Landessenorenrat Schleswig-Holstein e.V.

Peter Schildwächter, Vorsitzender (v.i.S.d.P),

Kantplatz 14, 24537 Neumünster

Telefon: (04321) 6 95 78 90 Telefax: (04321) 6 95 78 91

Internet: www.landessenorenrat-s-h.de

E-Mail: landessenorenrat-s-h@t-online.de

Impressum

Redaktion: Claus Beissner (cebe)
Regina Bunge (rbu)
Andre Grigjanis (agr)
Uwe Hartwig (uha)
Peter Jugert (pj)
Rolf Niemeyer (rn)
Peter Schildwächter (ps)
Klaus Stuber (stu)

Druck: druckpunkt eckernförde

Vertrieb: Lebenshilfwerk Neumünster

Erscheinungsweise: vier Ausgaben/Jahr | **Auflage:** 3.000

Spenden erbeten auf unser Konto bei der

Fördesparkasse: IBAN DE56 2105 0170 0005 0046 43

Als gemeinnützig anerkannt vom Finanzamt Kiel-Nord mit Bescheid vom 23.10.2018, St.-Nr. 20/292/80778

Redaktionsschluss für Ausgabe 03/21 am 13.08.2021.

Gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.

Mit ioki Mobilität-Service von der Haustür zu Bus oder Bahn

Neues Angebot

(pj) Seit dem Fahrplanwechsel am 13.12.2021 kann man sich in Ahrensburg mit dem „ioki Mobilitäts-Service auf Abruf“ von der Haustür zur nächsten Bus- oder Bahnhaltestelle transportieren lassen. Das gilt insbesondere auch für Fahrgäste mit Rollator, Rollstuhl oder Gepäck. Das Angebot, das gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben Hamburg-Holstein GmbH (VHH) eingerichtet wurde, läuft zunächst befristet bis Ende 2021. Ahrensburg liegt an der äußersten Grenze des innerstädtischen Hamburger Tarifgebiets des HVV (A/B-Tarifgebiet) und das Angebot verbessert somit innerstädtisch erheblich die Mobilität.

Der Shuttle-Service

Es handelt sich um fünf elektrisch betriebene Shuttle-Fahrzeuge, die mindestens sechs Fahrgäste befördern können. Während die VHH den Betrieb der Verkehre plant, steuert und überwacht, stellt die ioki GmbH die technische Plattform zur Buchung des Service zur Verfügung. Entweder telefonisch oder über die ioki-Hamburg-App auf einem Smartphone geben die Nutzer die gewünschten Start- und Zielorte innerhalb des Bedienegebietes an und erhalten dann die



IOKI-Shuttle-Service in Ahrensburg / Foto: IOKI GmbH

genauen Abfahrtszeiten des Shuttles. Als Start- oder Endpunkt muss eine beliebige Haltestelle angegeben werden. Der Algorithmus der App bündelt die Anfragen verschiedener Nutzer, so dass Fahrten mit ähnlichem Fahrtziel gemeinsam durchgeführt werden. Dies ermöglicht eine optimale Auslastung und sorgt für eine Reduzierung von Einzelfahrten. In Ahrensburg steht ioki von Montag bis Freitag von 4:30 Uhr bis 0:30 Uhr zur Verfügung, am Samstag von 5:15 Uhr bis 0:30 Uhr sowie am Sonntag von 8:00 Uhr bis 23:00 Uhr. Der Service ist vollständig in den öffentlichen Nahverkehr integriert und damit Teil des Hamburger Verkehrsverbunds (HVV).

Wie nutzt man das Angebot

Die Nutzung dieses Angebots ist einfach: Wenn ein Smartphone vorhanden ist, dann lädt man sich hierfür die ioki Hamburg App herunter, gibt die Abbuchungsmethode (Kreditkarte, Guthabenkonto, Paypal oder Abbuchung) an und fährt mit. Für die Verbindungen fällt für das ioki-Shuttle zusätzlich zum HVV-Ticket der Zuschlag in Höhe von 1 € pro Fahrt und Person an. Wer kein Smartphone besitzt, kann das Angebot über Nummer 040 / 72 59 48 20 bei den Verkehrsbetrieben Hamburg-Holstein (VHH) buchen. Voraussetzung ist das Anlegen eines Guthabenkontos beim VHH oder der Erwerb einer Guthabekarte (z. B. im Peter-Rantzau-Haus, dem Haus für „Menschen ab 50“ in Ahrensburg).

Vorteile für Umwelt und Verkehr

Mit ioki wird in Ahrensburg ein großes Mobilitätspotential durch das neue, bedarfsgerechte Angebot auch für die Randbereiche von Ahrensburg, sowie allgemein für Senioren und Personen mit Behinderungen geschaffen. So wird das gesamte Stadtgebiet durch die Erweiterung des bestehenden Nahverkehrs besser abgedeckt. 90 Prozent der Bürger in Ahrensburg haben damit eine Haltestelle in maximal 250 Metern Nähe zu ihrer Wohnung.

Historie und Auftrag

Bereits seit Juli 2018 bieten ioki und die VHH das Abrufsystem als Teil des ÖPNV in den Hamburger Stadtteilen Lurup und Osdorf an. Sie wurden dafür mit dem Deutschen Mobilitätspreis 2019 ausgezeichnet. Seit Herbst 2019 ist ioki Hamburg zudem auch im Stadtteil Billbrook verfügbar.

Ahrensburg ist eines von zehn Teilprojekten, die vom Bundesverkehrsministerium gefördert werden, in denen durch die einfache Verknüpfung von Bus und Bahn mit den On-Demand-Shuttles gezielt zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs beigetragen werden soll und macht so klimafreundliche Mobilität noch attraktiver. Die geförderten „Reallabors Hamburg“ sollen die Angebote von ioki im ländlichen Raum erproben. Auch im südlichen Stormarn, im Raum Stellau, Stenwarde, Brunsbek, Großensee, Lütjensee, Rausdorf, Granderheide und Trittau, wurden mit ioki Verbesserungen für die Kunden umgesetzt. Grundlage für den innovativen Shuttle-Service in Ahrensburg bildet eine Mobilitätsanalyse des Stadtgebiets, in der neben Umweltaspekten Pendlerströme und Mobilitätsverhalten analysiert wurden. Das nachhaltige Verkehrskonzept entlastet die Straßen in der Region und bietet den Menschen eine flexible und umweltfreundliche Mobilitätsalternative.

Andre Grigjanis

Literaturtelefon

Wie es entstanden ist.



(stu) Im Jahr 2019 haben Irene Pulmer und ich eine Veranstaltung zum bundesweiten Vorlesetag organisiert, an der zwölf Persönlichkeiten aus Bad Segeberg (u. a. Landrat, Feuerwehrchef, Schuldirektor, Hotelgeschäftsführer, Karl-May-Autor) und ca. 100 Zuhörer, meist Senioren, teilgenommen haben.

Da einer oftmals gewünschten Wiederholung in 2020 Corona einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, hatte ich die Idee, ein Literaturtelefon ins Leben zu rufen. Für die Technik habe ich einen kompetenten Partner in einem Ehrenamtler des Jugendbüros gefunden, der zusammen mit dem Leiter des Jugendbüros Bild- und Tonaufnahmen gemacht, die Beiträge geschnitten und mit Hilfe der IT der Stadt Bad Segeberg ins Netz gestellt hat.

Irene Pulmer und ich akquirierten die Vorlesenden. Im Dezember erfolgte die erste Auflage, im März wurde die zweite Runde eingeläutet, im Juni soll der dritte Durchgang folgen. Lesende sind Menschen, die einen Bezug zu Bad Segeberg haben. Es haben sich auch Autoren gemeldet und gefragt, ob sie etwas vorlesen dürfen.

So gibt es jeweils eine bunte Mischung von Texten, die ca. fünf Minuten lang sein sollen. Unser Ziel war aber immer, dass die Beiträge nicht nur über die Homepage der Stadt im Bild zu erfahren sind, sondern auch telefonisch. Mit Hilfe eines Telekommunikationsanbieters und Cloud-Telefonie-Anbieters aus Kiel konnte die Installation erfolgreich realisiert werden.

Unser Literaturtelefon ist jetzt zu erreichen unter den Nummern 04551/ 5354740 und 04551/5354747, sowie über die Homepage der Stadt unter www.bad-segeberg.de auf der ersten Seite unten rechts.

Ursula Michalak
Seniorenbeirat Bad Segeberg

(rbu) Corona und die damit einhergehenden Ein- und Beschränkungen hatten auch den Start des neu gewählten Seniorenbeirates der Stadt Fehmarn verzögert. Dem neuen Seniorenbeirat gehören an: Francesca Caci Jahn (Vorsitzende), Ingeborg Pfeiffer (Stv. Vorsitzende), Jutta Jährling (Schriftführerin) und die Beisitzer Ina Döring, Wilfried Averhoff, Uwe Epperlein sowie Josef Meyer.

Am 12. Mai 2021 konnte dann die erste Arbeitssitzung durchgeführt werden. Die Vorsitzende Francesca Caci Jahn eröffnete diese Sitzung und begrüßte die eingeladenen Gäste, zu denen der ehemalige Vorsitzende Manfred Harländer und der Vorsitzende des Kreissenorenbeirates Wilfried Lühr gehörten.

Manfred Harländer wurde ausdrücklich für seine geleistete Arbeit gedankt. Sowohl Manfred Harländer als auch Wilfried Lühr beglückwünschten den neuen Vorstand noch einmal und berichteten von intensiven, zeitaufwendigen Aufgaben, die ein solches Amt mit sich bringen wird. Dabei betonten beide aber auch, dass das Engagement immer wieder mit Freude und Erfüllung belohnt werden würde.

Weiter folgten in dieser ersten Sitzung Diskussionen darüber, wie sich der neue Vorstand seine Arbeit vorstellt. Beispiele waren eventuelle Satzungsänderungen oder auch der Ablauf zukünftiger Wahlen, insbesondere mit Blick auf eine Steigerung der Wahlbeteiligung.

Zum Sitzungsende gab Frau Caci Jahn noch einen Ausblick über die künftigen Veranstaltungen, die nach hoffentlich weiteren Corona-Öffnungen, wieder weitergeführt oder neu gestartet werden könnten. In diesem Zusammenhang berichtete Caci Jahn, die Akquise dringend erforderlicher Ehrenamtler sei bereits angelaufen. Es gäbe auch schon einige Interessierte, die dann zur nächsten Arbeitskreissitzung eingeladen werden könnten.

Die erste Arbeitskreissitzung verließ der neue Vorstand mit viel Optimismus und voller Tatendrang.

Ingeborg Pfeiffer
Seniorenbeirat der Stadt Fehmarn

HANDEWITT

Seniorenbeirat in Handewitt

Ende September 2020 fand die Wahl zum Seniorenbeirat statt. Von neun Personen, die sich zur Wahl stellten, schafften acht den Sprung in den neuen Seniorenbeirat – wobei zwei Mitglieder kurz darauf zurücktraten. Das verbliebene Sextett wählte Dörte Jurascheck zur Vorsitzenden und Manfred Ritter zum stellvertretenden Vorsitzenden. Außerdem gehören Andreas Andresen, Reinhard Brozus, Uwe Lucius und Franz Trezinski dem Gremium an.



Der neue Handewitter Seniorenbeirat.

„Wir befinden uns noch am Anfang und arbeiten uns ein“, sagt die Vorsitzende Dörte Jurascheck. „Wir gehen jetzt mit einem anderen Bewusstsein durch unsere Gemeinde.“

Ein wichtiger Schwerpunkt scheint das Themenfeld der Infrastruktur zu werden. „Ein Kabel, ein nicht stark genug abgesenkter Bordstein oder ein Überhang in der Hecke können zu einem Hindernis für einen Rollator werden“, weiß Andreas Andresen. Uwe Lucius ergänzt: „Man sollte generell keine Hoch-, sondern nur noch Flachbordsteine bauen.“ Franz Trezinski, der in Flensburg schon als sozial erfahrener Beteiligter im Widerspruchsverfahren der Stadt Flensburg eingebunden war, merkt an: „Zwei Zentimeter sollten aber schon herausragen, damit blinde Mitbürger etwas erfühlen können.“

Dörte Jurascheck will sich um den Sozial- und Gesundheitsbereich kümmern und peilt eine Kooperation mit dem Kulturring an. Manfred Ritter, seit 45 Jahren in einer Volleyball-Gruppe aktiv, will als Verbindungsmann zum Seniorensport fungieren – wenn dieser wieder stattfindet. Reinhard Brozus arbeitet an einer Telefonliste mit diversen Senioren-Angeboten.

Die Mitglieder des Seniorenbeirats streben an, zumindest einen Vertreter zu den Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse zu entsenden. Zu seinen öffentlichen Sitzungen trifft sich der Seniorenbeirat eine Woche vor dem Sozial- und Kulturratsausschuss. „Zu diesem gibt es die meisten Schnittstellen“, erklärt Dörte Jurascheck.

Gerade jetzt, in den Zeiten von Corona, möchte sich der Seniorenbeirat nicht zurückziehen, sondern schauen, was unter den gegebenen Bedingungen möglich ist. So soll eine Nachbarschaftshilfe initiiert werden: eine Aktion von „Handewitter Senioren für Senioren“. Anliegen und Fragen an den Seniorenbeirat am besten per E-Mail seniorenbeirat@gemeinde-handewitt.de oder telefonisch (04608-6599).

Dörte Jurascheck
Seniorenbeirat Handewitt

KIEL

Besuch im Kieler Impfzentrum

„Herzlich Willkommen im Impfzentrum Schwedenkai.“ Mit diesen Worten begrüßte der Sozialdezernent Gerwin Stöcken die beiden Vorsitzenden des Seniorenbeirates Kiel, Karl Stanjek und Brigitte König. Sie hatten sich mit ihm für den 12.03.2021 verabredet, um sich selbst ein Bild zu machen. Vorausgegangen waren kritische Hinweise von Senioren über eine mangelhafte Ausstattung im STENA-Terminal. Dort, wo die Fähren nach Göteborg anlegen und abfahren, hat die Landeshauptstadt Kiel eine Etage angemietet und als Impfzentrum eingerichtet. Die Organisation übernimmt die Kieler Berufsfeuerwehr. Deshalb begleitete uns der städtische Branddirektor Markus Brandau beim fast einstündigen Rundgang und erläuterte die Arbeit in den sieben Stationen (s. Abb. 1).

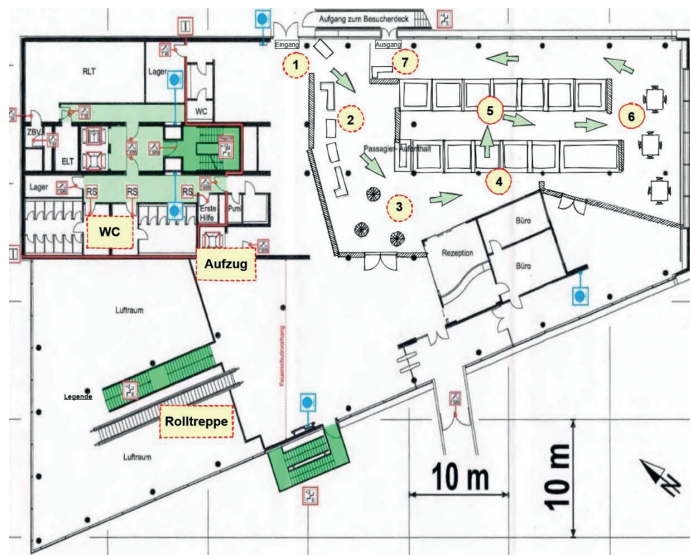


Abb. 1

Im Eingangsbereich trafen wir auf wartende Senioren und ihre Angehörigen. Ältere Menschen kommen gerne eine halbe Stunde früher zum Termin und freuen sich über Sitzgelegenheiten, die in nicht ausreichender Anzahl bereitstanden. Bei der Anmeldung wurden die persönlichen Daten erfasst und nach den bereits ausgefüllten Dokumentationsbögen gefragt. Jede zu impfende Person erhielt ein Klemmbrett für die Unterlagen und nahm dies bis zur Abmeldung

am Ausgang mit. Rollstühle für in der Mobilität eingeschränkte Personen standen bereit. Jederzeit konnte Hilfestellung durch Feuerwehrleute oder Soldaten der Bundeswehr gegeben werden, die die Senioren freundlich und sicher von Station zu Station begleiteten. In verschiedenen Kabinen wurde durch Ärzte informiert und geimpft. Der Wartebereich nach der Impfung bot durch den Blick auf die Kieler Förde und die gegenüberliegenden Werften einen beruhigenden Ausklang. Ein Sanitäter beobachtete die Geimpften und konnte bei Komplikationen aktiv werden. Im Warteraum sahen wir den Entwerfer für Tickets des fußläufig zu erreichenden ZOB-Parkhauses. Dort können „Impflinge“ für zwei Stunden kostenfrei parken. Wir erhielten neben vielen Informationen einen Blick in den Vorratsraum mit den Kühlschränken für die Impfdosen und erfuhren, dass bei über 800 Impfungen am Tag nur zwei bis drei Dosen am Abend übrigbleiben und nach einem Plan der internen Impfkommission an Mitarbeiter aus dem Gesundheitsbereich verimpft werden.

Am Ausgang beobachteten wir, dass die Senioren ihre Klemmbretter zurück gaben und „im System abgemeldet“ wurden. Wir konnten mit einigen von ihnen sprechen und erfuhren, dass sie mit der Unterstützung durch das Personal und der Organisation im Impfzentrum sehr zufrieden waren. In der Abschlussrunde mit dem Sozialdezernenten und Markus Brandau gaben wir, neben positiven Rückmeldungen, Hinweise auf Nachbesserungen. So sollten z. B. die Beschilderungen im Außenbereich deutlicher auf die Eingänge und den Fahrstuhl hinweisen. Hilfreich wären dort auch eine Begrüßung und Einweisung durch ortskundige Ehrenamtler z. B. über das Nette-Kieler-Büro.

Wir empfehlen anderen Seniorenbeiräten, sich auch durch den Besuch eines Impfzentrums selbst ein Bild zu machen und in der Öffentlichkeit über ihre Eindrücke zu berichten.

Karl Stanjek
Seniorenbeirat Kiel

LÜBECK

Patientenberatung im Süden von Schleswig Holstein neu besetzt

(cebe) Ein Ombudsmann bzw. eine Ombudsfrau erfüllt die Aufgabe einer unparteiischen Schiedsperson. Die Patientenombudsperson vertritt die Patienteninteressen und berät in Konfliktsituationen und bei Problemen im Pflegebereich. In den 1970er-Jahren verbreitete sich die Institution weltweit. Der namensgebende Begriff Ombud ist abgeleitet von altnordisch umboð: Ein Ombud (= Vollmacht) ist eine häufig

ehrenamtliche Aufgabe einer Person, in einer Organisation oder in der Öffentlichkeit, um bei bestimmten Themen eine ungerechte Behandlung von Personengruppen zu verhindern. So gesehen bedeutet ein solches Amt eine unparteiische Vorgehensweise bei Streitfragen – unter Berücksichtigung der Interessen von Personen, deren Belange als Gruppe infolge eines fehlenden Sprachrohrs ansonsten wenig beachtet würden (zum Beispiel von Kindern, Krankenhauspatienten, Gewaltopfern).

Peter Schildwächter - Vorsitzender des Landesseniorenrates e. V. – ist in dieser Funktion für die Bereiche Ostholstein, Stormarn, Lübeck und Herzogtum Lauenburg gewählt worden und nimmt die verantwortungsvolle Aufgabe seit 1. Juni wahr. Er ist telefonisch zu erreichen unter 0151 1652 1166.

Die weiteren Zuständigkeitsbereiche in Schleswig-Holstein des Vereins Patientenombudsmann/-frau Schleswig-Holstein e.V. können auf der Geschäftsstelle unter 04551 803 422 erfragt werden.

In seiner Funktion ermöglichen die Ombudspersonen Streitfälle in verschiedensten Bereichen und ohne großen bürokratischen Aufwand zu schlichten. Dies geschieht durch:

- eine unabhängige Betrachtung des Streitfalles,
- Abwägung der von beiden Seiten vorgebrachten Argumente,
- Vergleich von Schaden, Aufwand und Kostenfaktoren zum Erreichen einer zufriedenstellenden Lösung oder
- Aussprechen einer empfohlenen Lösung für den entsprechenden Fall.

Das Modell der Ombudsperson wurde in Deutschland namentlich durch die Einführung des Wehrbeauftragten des Bundestages (Art. 45b GG) mit Gesetz vom 19. März 1956 bekannt.

Peter Jugert

UKSH

Entlastung der Uni-Pflegekräfte erleichtert den Stationsalltag durch ein neues Kommunikationssystem auf der Station!

Wichtige Information für alle Patienten

(cebe) Jeder, der schon einmal im Krankenhaus stationär behandelt wurde, weiß um die enormen Arbeitsleistungen des Pflegepersonals. Beifall ist zwar gut gemeint, aber reicht nicht.

Am UKSH hilft deshalb ein neues Kommunikationssystem, um den Pflegekräften den Stationsalltag zu vereinfachen und dadurch mehr Zeit für die Patienten zu gewinnen. Das digitale System Cliniserve wird bereits auf 24 Stationen in den Neubauten in Kiel und Lübeck eingesetzt, weitere folgen.

Das UKSH führt damit eine weitere innovative Service-Technologie ein, die Mitarbeiter entlastet und dem Patienten mehr Komfort bietet. Hatten die Patien-

ten ein Anliegen, konnten sie bisher ausschließlich über den Lichtruf am Bett eine Pflegekraft rufen. Nun können sie per Cliniserve direkt mitteilen, was sie benötigen – etwa ein Glas Wasser oder ein Schmerzmittel. Eingegeben werden die Wünsche über das HIMED Beside Terminal neben jedem Patientenbett in den Neubauten.



Foto: Cliniserve im Einsatz (© UKSH)

Pflegende erhalten die Patienten-Nachrichten über eine Handy-App und können das Gewünschte direkt bringen, ohne erst im Patientenzimmer nachfragen zu müssen. Auch erreichen die Anfragen direkt die richtige Berufsgruppe, wie etwa die Servicekräfte. Patienten können nun aus einem für jede Station passend zusammengestellten Menü ihre Wünsche auswählen und an die Fachkräfte senden.

Pflegende haben darüber hinaus über die Smartphones die Möglichkeit, mit anderen Stationen, Ärzten oder dem Sozialdienst zu kommunizieren, ohne erst den Pflege-Stützpunkt aufsuchen zu müssen.

Pflegekräfte ersparen damit pro Schicht bis zu einer halben Stunde. Das Pflegemanagement der UKSH sieht in der neuen Technologie eine deutliche Arbeits-erleichterung, da vor allem Wege gespart werden. Der Lichtruf neben dem Bett steht aber weiterhin allen Patienten zur Verfügung – in einem Notfall soll er ausschließlich genutzt werden.

V.i.d.P: Gunnar Sekels, UKSH / Peter Jugert

Bundespräsident Steinmeier eröffnet 13. Deutschen Seniorentag 2021

(cebe) Vom 24. – 26. November findet der Deutsche Seniorentag in Hannover (Kongresszentrum) statt, organisiert und durchgeführt durch die BAGSO, Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. Wenn bis dahin möglich, soll der Deutsche Seniorentag in Präsenz stattfinden. Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier übernimmt die Schirmherrschaft und will die Veranstaltung persönlich eröffnen. Drei Tage lang geht es um die Themen Gesundheit und Pflege, Wohnen, Engagement, Bildung und Digitalisierung.

Mit dem Motto „Wir alle zusammen“ soll verdeutlicht werden, dass es darum gehen muss, gemeinsam mit allen Generationen und allen gesellschaftlichen Gruppen gute Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen zu finden.

Hier eine Auswahl der Themen des 13. Deutschen Seniorentages 2021

- Lebendige Nachbarschaften in der Stadt und auf dem Land
- Bildung und Digitalisierung
- Freiwilliges Engagement und Teilhabe
- Pflegen und gepflegt werden
- Gesund älter werden
- Soziale Sicherheit im Alter
- Wohnen und Mobilität
- Verbraucherthemen

Mehr als 150 Einzelveranstaltungen werden alle Facetten des Lebens im Alter und der Seniorenarbeit beleuchten. Neben Podiumsdiskussionen und Expertenvorträgen, stehen Veranstaltungen auf dem Programm, die zu Diskussion einladen. Auf der Messebühne erwarten die Teilnehmer informative und unterhaltsame Kurzveranstaltungen.

Auf der Messe des Deutschen Seniorentages werden auf 6.000 m² regionale und überregionale Produkte und Dienstleistungen präsentiert. Zudem gibt es Aktionen der Aussteller und vielfältige Angebote zur Eigenbeteiligung. Ein unterhaltsames und informatives Bühnenprogramm mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Theater, Tanz und Musik begleitet die drei Tage, die jeweils einen thematischen Schwerpunkt haben.

- Digitale Welt: gemeinsam – vernetzt – unterwegs
Mittwoch, 24. November 2021
- Gesundheit: aktiv – engagiert – informiert
Donnerstag, 25. November 2021
- Vorsorge: umfassend – sicher – versorgt
Freitag, 26. November 2021

Das vollständige Programm des 13. Deutschen Seniorentages wird im Sommer 2021 veröffentlicht. Einzelheiten können unter dst@bagso.de abgefragt werden

Peter Jugert

Aktive Nortorfer Senioren während der Corona-Pandemie

(ps) Schon beim bekannt werden der ersten Informationen zum zukünftigen Ablauf des Impfprozesses, hatte der Seniorenrat Nortorf Zweifel an der seniorengerechten Funktionalität. Bei der Anmeldung zum Impftermin war der barrierefreie Einstieg nicht gegeben. Viele Senioren der Prioritätengruppe 1 haben keinen Internetanschluss oder das >Einloggen< war zu kompliziert, sie waren überfordert.

Der Seniorenrat Nortorf setzte sich sofort mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, in Kiel und dem Kreisgesundheitsamt Rendsburg-Eckernförde in Verbindung und schilderte die Schwierigkeiten der Älteren für die Impfanmeldung.

Gleichzeitig bat man den Nortorfer Bürgermeister, Torben Ackermann, alle Nortorfer Senioren, Ü 80, anzuschreiben, mit dem Hinweis, dass der Nortorfer Seniorenrat zur Unterstützung und Hilfe für die Impftermin-Anmeldung, sich gerne einbringen möchte. Besonders den Älteren, die allein leben und keine Hilfe durch Familienangehörigen haben, war damit geholfen.

Nach kurzer Zeit wurde das PIN-Verfahren mit separater Telefonnummer über das Ministerium in Kiel eingeführt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten, konnten jetzt die Älteren, Ü 80, zügig zur Impfung angemeldet werden, bis hin zur Sammelanmeldung. Nach Fixierung der Impftermine hat dann der Seniorenrat die praktische Hilfe für diesen Personenkreis übernommen. Es wurden gemeinsam, unter der Beachtung des Datenschutzes, die sehr umfangreichen Impfunterlagen Zuhause ausgefüllt. Als weitere Hilfe wurde dann angeboten, die Senioren zum Impfzentrum zu begleiten und die Anfahrt zu organisieren. Von insgesamt ca. 500 Nortorfer (Ü 80) Senioren wurden ca. 100 Senioren durch den Seniorenrat Nortorf betreut.

Ziel des Seniorenrates Nortorf war es, nicht das komplizierte Anmeldeverfahren zu kritisieren, sondern nach praktikablen Lösungen zu suchen, diese gemeinsam mit den befassten Stellen der Verwaltung und den betroffenen Senioren, umzusetzen.

Manfred Richter,
Seniorenrat Nortorf

41 % der über Achtzigjährigen sind nicht automobil

(agr) Im November 20 hieß es aus Kiel: Die über 80-Jährigen sollten als Prio-Gruppe 1 ab dem 04. Januar 2021 geimpft werden. Unsere erste brauchbare Fragebogenauswertung ergab: Von rund 880 der über Achtzigjährigen in Oldenburg sind ca. 40% nicht automobil! Wie sollte diese Personengruppe ca. 140 km zum Impfzentrum Eutin kommen? Diese Menschen konnten teilweise kaum noch schreiben, waren selten internetaffin, besaßen kaum Smartphones, hatten Schwierigkeiten zu telefonieren, geschweige denn besaßen sie die Fähigkeit, die endlosen Telefonschleifen zu bewältigen. Sie waren schwerhörig, begrenzt kommunikationsfähig und weitgehend rollatorabhängig. Welche Tageszeitungen lasen sie? Wie sollten sie über das Impfen informiert werden, wie buchen? Noch im Januar 2021 stellte das Gesundheitsministerium auf Landesseniorenrats-Anfrage schriftlich fest, dass zur Impfaufforderung keine direkten Anschreiben an die Älteren durchgeführt werden sollten - u. a., weil der Organisationsaufwand zu hoch sei!

Die Existenzberechtigung des Seniorenbeirats stand auf dem Spiel

„Wenn wir in diesen Zeiten nicht praktisch und mit politischem Druck helfen, dann hat unser Seniorenbeirat keine Existenzberechtigung!“ so die Einschätzung im Kollektiv. Ab 21. Januar wurde von Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr vom Seniorenbeirat eine Impfhotline besetzt. Raum und Telefon stellte der Bürgermeister zur Verfügung. Jedes der Hunderte von Telefonaten hatte einen Betreuungs- und Beruhigungscharakter. Über die Lokalpresse wurden laufend notwendige Nachrichten verbreitet.

Nach kurzer Zeit wurde der Seniorenbeirat von Oldenburg in der „Whitelist“ in Kiel registriert und es konnte in Gruppen von 15 bis 50 Personen nach Eutin und später Lensahn gebucht werden. Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Impfdokumente den Betroffenen persönlich überreicht und erklärt, der Transport abgesprochen, sowie Geduld und Optimismus verbreitet. Bei den Transporten half meistens das familiäre und nachbarschaftliche Umfeld, zeitweilig die Katholische Kirche aus Eutin und Oldenburger Bürger.

Bis zum 15. Mai 2021 wurden so von 314 Impfanfragen 244 Personen geimpft, 16 sind noch offen, der Rest sind Stornierungen und andere Unklarheiten. Den Rest der Prio-Gruppe 1-Impfungen bewältigen

in diesen Wochen die Hausärzte. Diese erste Impf-Zwischenetappe konnte mit unseren begrenzten Mitteln gelöst werden. Wir sind stolz auf unsere Arbeit, bekommen viel motivierende Anerkennung und haben nunmehr einen vertieften Einblick in das Senioren-Innenleben Oldenburgs. Aber: Das Seniorenleben beginnt laut Satzung mit 60 und danach kommt der Hauptteil der Impf-Bevölkerung bis hin zu Schülern und Kindern.

Region Nord-Ost-Ostholstein weist zu wenig Impfkapazitäten auf

So recherchierten wir das gesamte regionale Impfverfahren etwas genauer. Der Einzugsbereich Nord-Ost-Ostholstein mit Fehmarn, Heiligenhafen, Oldenburg, Dahme, Kellenhusen, Lensahn hatte ein Impfzentrum in Lensahn zur Verfügung. Rund 65.000 Einwohner müssen bedient werden. Das Impfzentrum schaffte maximal 130 bis 150 Impfungen pro Tag. Nach unseren Berechnungen ergab sich daraus rechnerisch, dass bei einer Impfrate von 70 % diese erst im Jahre 2022 zwischen April und Oktober erreicht sein würden. Einfache und verständliche Zahlen - sollte man meinen!

Der offizielle Antrag des Seniorenbeirats an die Oldenburger Politik:

Die Verwaltung soll ermächtigt werden, eine lokale Impfräumlichkeit für praktizierende Ärzte anzubieten, wo diese von Technik, Impfstofftransport und Verwaltung befreit, jeweils abwechselnd für einen Tag in der Woche einen Arzt und Impfkkräfte einsetzen könnten. Weiterhin schlugen wir vor, mobilen Impfteams die Räume anzubieten, um vor Ort impfen zu können. Die Verwaltung sollte mit Ärzten der Nachbargemeinden kooperativ und lösungsorientiert die Probleme angehen.

Oldenburg und die Region sollten sich auf den Tag X vorbereiten, an dem genügend Impfstoff vorhanden sein wird, um dann, gut präpariert, mit allen Kräften bis Ende Sommer 2021 70 % der Region zweimal zu impfen. War das nicht die gebetsmühlenartig wiederholte Zielsetzung aus Berlin, Land, Kreis und Medien?

Der Antrag an die Stadtverordnetenversammlung wurde erst einmal in einem „Ältestenrat“ beraten und von dort in den sozialpolitischen Ausschuss verwiesen. Uns erreichte eine schriftliche Ablehnung von der Bürgervorsteherin. Aber dann fand die Ausschusssitzung im März 2021 digital und öffentlich statt, und der Antrag wurde in seinen Hauptelementen mit knappen Mehrheiten akzeptiert. Es gebührt sich, zu erwähnen, dass einzelne Mitglieder aus SPD und CDU aktiv für den Antrag argumentiert haben und die gesamte Fraktion der GRÜNEN sogar beratend aktiv wurde.

Auch ein einstimmig gefasster Antrag verwirklicht sich nicht von selbst

Leider ist die Story noch nicht zu Ende. Denn in diesen Wochen begann der große „Hoffnungsrenner“, das Impfen durch die Arztpraxen. Wieder scheint man in Land und Kommunen sorglos zu werden und glaubt, vor Ort nicht aktiv werden zu müssen. So verkündete man uns schon das Schließen der lokalen Impfzentren zu Ende Juni. Der Protest dagegen konnte u. a. mit Hilfe des Kreis- und Landesseniorenrates geführt werden. Wie man uns mitteilte, intervenierten hier auch die Ärzteverbände. Unsere eigenen Überschlagszahlen, denen zu vertrauen wir gelernt haben, weisen aus, dass auch mit dem Einsatz von Einzel- und Gemeinschaftspraxen das Impfproblem nicht kurzfristig zu lösen ist. Eine Schließung des Impfzentrums wäre ein „No Go“. Im Gegenteil, dessen technische Kapazität muss voll genutzt werden. Die Mühen gehen also weiter!

Neues Dilemma aus Kiel

Ein weiteres aktuelles Chaos wurde uns aus Kiel präsentiert. So ist es im Moment selbst unseren versiertesten Leuten nicht möglich, trotz „Whitelist“ Block-Impfbuchungen für Senioren zu generieren. Wir mussten unsere Hotline stoppen. Landes- und Kreissenorenbeiräte sollten kurzfristig zu diesem Thema effektive Öffentlichkeitspolitik machen. Die Pandemie ist zum Jahreswechsel nicht vorbei, dann beginnen die Auffrischungsimpfungen. Allgemeine Wahlprüfsteine bringen leider nur allgemeine Antworten. „Die Praxis ist das Kriterium der Theorie“, so lautet ein weltbekannter Satz eines deutschen Philosophen! Wir sollten den Wahlkampf nutzen! Heute berichten die „Lübecker Nachrichten“ im Leitartikel: „Ziemlich genau zwei Drittel der Schleswig-Holsteiner sind noch nicht geimpft.“ „Wer online und beim Arzt ständig abblitzt, wendet sich ab. Von der Politik, und vielleicht auch von der Bekämpfung der Pandemie“.

Der Seniorenbeirat in Oldenburg in Holstein wird sich weiter für die Realisierung des einstimmig beschlossenen Antrags einsetzen. Wir haben eine hohe Meinung von der ehrenamtlichen Arbeit unserer Politiker in den Kommunen. Doch, irgendwann werden wir öffentlich gefragt und müssen getroffene Entscheidungen mit „Ross und Reiter“ beim Namen nennen.

Uwe Koch,
Seniorenbeirat Oldenburg in Holstein